

## Geldpolitik

### Temporär?

Ach, was war das nur für eine unwürdige Schlammschlacht um das Weiße Haus? Das Vertrauen vieler Menschen in die vermeintliche Vorzeige-Demokratie USA dürfte angesichts der wilden gegenseitigen Vorwürfe und Lügen zweier sich inzwischen völlig unversöhnlich gegenüberstehenden Lager nachhaltig erschüttert worden sein. Doch ganz abschreiben sollte man diese große und stolze Nation natürlich nie – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten bietet schließlich immer auch ein entsprechendes Kontrastprogramm. Eine Institution, auf die das zutrifft und die somit gleichzeitig den Glauben an eine bessere USA hochhält, ist die Federal Reserve.

Inmitten der zu diesem Zeitpunkt noch offenen Präsidentschaftswahl und der dritten großen Corona-Ausbreitungswelle in den USA widmete sie sich auf ihrer Sitzung vom 5. November gewohnt seriös ihrer Arbeit an Sachthemen zum Wohle des Landes. Die Bandbreite des Leitzinses verblieb dabei erwartungsgemäß in der Spanne zwischen 0,00 und 0,25 Prozent. Gleichzeitig wurde aber der Boden bereitet für weitere geldpolitische Lockerungen. So ließ Fed-Präsident Jerome Powell wissen, dass zwar keine Anpassungen im Bereich Quantitative Easing (QE) vorgenommen wurden, die dazugehörigen Parameter (Dauer, Umfang und Zusammensetzung) seien aber durchaus von den Notenbankern diskutiert worden.

Keinen Kommentar gab es natürlich zur Präsidentschaftswahl, obwohl Powell & Co. zu diesem frühen Zeitpunkt sicher schon erahnen konnten, dass der Wahlausgang einige Komplikationen für die künftige amerikanische Fiskal- und damit letztlich auch für die Geldpolitik mit sich bringen würde. Tatsächlich wird die Handlungsfähigkeit von Joe Bidens Regierung aufgrund der nicht erreichten Mehrheit im mächtigen US-Senat eingeschränkt sein. Massive fiskalpolitische Stimuli, wie sie die Demokraten im Wahlkampf als Antwort auf Corona in Aussicht gestellt hatten, sind somit allein aufgrund der zu erwartenden Blockadehaltung der Republikaner eher unwahrscheinlich. Im Umkehrschluss bedeutet dies freilich auch, dass der Druck auf die US-Notenbank in den kommenden Jahren tendenziell noch steigen könnte.

Mit steigendem Druck aufgrund fiskalpolitischen Stillstands ist auch die EZB zur Genüge vertraut. Mitte November waren es Polen und Ungarn, die sich bei den Verhandlungen zum EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre sowie dem europäischen Corona-Rettungsfonds querstellten. Unabhängig vom Ausgang dieser Hängepartie wird die EZB im Dezember aller Voraussicht nach noch einmal ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft in der Eurozone präsentieren. Im Raum stehen dabei sowohl eine neue Serie von zielgerichteten Langfristendern (TLTROs) zur Liquiditätsversorgung von Geschäftsbanken als auch eine Laufzeitverlängerung (vermutlich um sechs Monate bis Ende 2021) und Volumenerhöhung (um 600 Milliarden Euro) der bislang maximal 1,35 Billion Euro umfassenden PEPP-Anleihekäufe. Die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Lockerungen bekräftigte EZB-Präsidentin Christine Lagarde am 11. November zum Auftakt des üblicherweise im portugiesischen Sintra stattfindenden EZB-Forums zur Geldpolitik. Und sie tat dies wohlgerne trotz der kurz zuvor von Pfizer und Biontech ausgelösten Hoffnung auf einen möglicherweise schon bald einsatzbereiten Corona-Impfstoff.

Wenn man bedenkt, dass das PEPP explizit als temporäres Nothilfeprogramm bis zur Überwindung der kritischen Covid-19-Phase vorgesehen ist, dann wirkt die Eile des EZB-Rats durchaus befremdlich. Ein neues Phänomen ist es gleichwohl nicht. Denn wie großzügig die EZB ihre eigens gesetzten Vorgaben auslegt, zeigen die Erfahrungen mit den anderen „temporären“ Anleihekaufprogrammen seit der Finanzkrise: Diese laufen größtenteils immer noch oder wurden durch neue ersetzt.

## Bankenregulierung

### Zum Wettbewerb der Systeme

Als sich die Europäer vor mehr als zwanzig Jahren dazu entschlossen, die jahrzehntelang eher sanft vor sich hin träumende Idee einer gemeinsamen Wirtschaft, endlich mit konkreten Inhalten zum Leben zu erwecken, brach eine Grundsatzeindebatte aus. Auf der einen Seite standen Überlegungen, zunächst alles zu harmonisieren und zu regeln, was sich die Mitgliedsstaaten so an Wirtschafts-, Sozial- und Steuergesetzen aus-



gedacht hatten. Auf der anderen Seite standen die Pragmatiker, die sich den Beginn einer Wirtschaft- und Währungsunion nicht schwerer als unbedingt nötig machen wollten. Ihre Idee: Könnte sich die Gemeinschaft zunächst nur auf so etwas wie Mindeststandards für die wichtigsten Institutionen, Projekte und Ziele verständigen – um dann „den Markt“ entscheiden zu lassen, ob er beispielsweise die Sicherheit deutscher Bankeinlagen höher als die französischer bewerten würde?

Europa hat sich damals bekanntermaßen und glücklicherweise gegen die totale Harmonisierung und für den Wettbewerb der Systeme entschieden. Das gilt bis heute. Auch wenn natürlich jeder neuen Richtlinie der Brüsseler Institutionen eine unübersehbare Tendenz zu zunehmender Vereinheitlichung innewohnt, die Jahr für Jahr dazu führt, dass sich die nationalen Branchenverfassungen immer ähnlicher werden, weil jede Novelle eines nationalen Gesetzes vor allem der Umsetzung von Brüsseler Recht zu dienen hat. Die Bankenrichtlinie CRD, die Eigenmittelverordnung CRR, die Verordnung über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus SSMR, die Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus SRMR, die Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten BRRD, die Richtlinie über Einlagensicherungssysteme DGSD (nicht zu verwechseln mit EDIS), die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente MiFID, die Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen EMIR, die zweite Zahlungsdiensterichtlinie PSD2 – all das sind jüngste Beispiele der Brüsseler Aktivitäten. Hinzu kommen technische Standards der EBA in dreistelliger Zahl.

Was noch fehlt ist die Umsetzung der zwei wichtigsten Projekte mit Blick auf ein nahezu endgültiges Zusammenwachsen Europas im Finanzdienstleistungsbereich, sozusagen das Sahnehäubchen: die Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion. Während die Kapitalmarktunion gefühlt ohne größere Widerstände ihren Weg voranschreitet, bleiben die Widerstände gegen die Bankenunion trotz so prominenter Fürsprecher wie Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing hoch. Zwar sind die beiden wesentlichen Standbeine, der einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM) und der einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) längst gelebte Realität, doch scheiterten bislang alle Einigungsversuche mit Blick auf die Vergemeinschaftung der nationalen Einlagen-

sicherungssysteme unter dem European Deposit Insurance Scheme EDIS, unter anderem am Widerstand Deutschlands.

Und das zu Recht. Auch wenn Sewing vor Kurzem betonte, wie wichtig eine Einigung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der großen europäischen Banken sei. „Grenzüberschreitende Zusammenschlüsse werden erst dann wirklich attraktiv, wenn wir die Bankenunion vollendet haben“, so der Vorstandsvorsitzende der größten deutschen Bank. Mit Blick auf die großen Herausforderungen, die sich unter anderem aus der Corona-Pandemie ergeben, forderte er zudem: „Nun sollten sich auch andere Akteure bewegen, die das Projekt bisher eher bremsen – gerade auch innerhalb der Finanzbranche.“ Doch mit welchem Grund sollten die Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die mit ihren Systemen der Institutssicherung über alle europäischen Einlagensicherungsvorschriften hinausgehen, dem zustimmen. Weder profitieren sie direkt von grenzüberschreitenden Fusionen. Noch können sie ihren Mitgliedern glaubhaft machen, warum es besser sei, die angesparten Mittel nun für die Rettung beispielsweise südeuropäischer Banken zu verwenden, anstatt für Probleme innerhalb der eigenen Gruppe aufzusparen. Europa wäre gut beraten, weiterhin am System des Wettbewerbs der Systeme festzuhalten. Ziel muss es sein, die Schwächeren auf das Niveau des Starken zu heben und nicht den Starken zu verzwingen. Erst dann kann Harmonisierung mit Blick auf ein starkes und wettbewerbsfähiges europäisches Finanzwesen funktionieren.

## Retailbanking

### Eier, Wolle, Milch, Bank

Sollte sich nichts ändern, werden die Privatkundensparten für die deutschen Kreditinstitute in der Breite gesehen ab diesem Jahr und für mindestens fünf weitere Jahre ein Zuschussgeschäft. Die Entwicklung beginnt mit einem Verlust im Privatkundengeschäft von 2,9 Milliarden Euro im laufenden Jahr und setzt sich nach einer leichten Erholung im Jahr 2022 (minus 1,9 Milliarden Euro) bis 2025 weiter fort (minus 3,4 Milliarden Euro). Das ist das Ergebnis der Privatkundenstudie 2020 des spezialisierten Unternehmensberaters zeb. Zwar wurde bei der Besprechung der Ergebnisse betont, dass es im-

mer Ausnahmeinstitute gibt, die sich der allgemeinen Entwicklung entziehen könnten. Im Durchschnitt brauche es bis 2025 aber eine Kosteneinsparung von circa 22 Prozent, um die Eigenkapitalkosten von rund 6 Prozent decken zu können und mindestens 14 Prozent Einsparungen für eine „schwarze Null“. Gründe für die prognostizierten Verluste sind stagnierende Erträge in den nächsten fünf Jahren bei ungefähr 47 Milliarden Euro, eine wachsende Kostenbasis, die 2025 ebenso bei rund 47 Milliarden Euro liegen soll, sowie eine Normalisierung der Risikokosten, die aktuell immer noch auf einem sehr niedrigem Niveau bei 4,5 Milliarden Euro liegen und sich in Zukunft um die 3 Milliarden bewegen sollen, so schätzt das zeb.

Natürlich gilt all das nur, wenn die Institute weitermachen wie bisher und bei den jetzigen Vertriebs- und Absatzpotenzialen verharren. Ist den Allermeisten klar, dass das nicht reichen wird und entsprechend wird heute schon emsig an Gegenmaßnahmen gearbeitet. Das zeb nennt in seiner Studie mehrere Stellschrauben auf Kosten- und Ertragsseite, an denen zu arbeiten sein wird. Dreh- und Angelpunkt wird dabei das Smartphone sein. Schon 2018 liefen über das Handy weltweit rund 53 Prozent der Kundeninteraktionen ab. Dabei sind es nicht nur Transaktionen, sondern auch Abschlüsse komplexer Bankprodukte, die stetig zunehmen. Während der andauernden Pandemie dürften die Anteile wohl noch wachsen. In der Folge heißt dies, es braucht einfach zu bedienende Apps, einen Ausbau der mobilen Beratungsangebote per Telefonie oder KI-Dienste und eine effektive Werbung für weitere Produkte als nur das Konto innerhalb der App, um mehr Potenzial ausschöpfen zu können.

Darüber hinaus, so heißt es weiter, solle die App nicht nur eine Übersicht über die eigenen Finanzen und Produkte der Bank bieten, sondern auch ständiger Begleiter im alltäglichen Leben sein. So sieht das zeb die App auch als potenziellen Haushaltsplaner, Immobilienverwalter, Marktplatz für Online-Shopping, Dienstleistungen und Restaurantbesuche, Mobilitätsdienstleister, Veranstaltungskalender und Vergleichsportal. Wer nun meint, das würde alles bereits mit dem Telefon über verschiedene Apps funktionieren, vergisst dabei, dass die Bank einen entscheidenden Vorteil hat: Den direkten Überblick über die Finanzen bei allen Transaktionen. Damit würde auch ein altes Argument gegen das Online-Shopping und bargeldloses Bezah-

len entkräftet, da man nun ja wüsste, wie viel Geld noch im Geldbeutel ist, während man den Einkauf tätigt, die Versicherung abschließt oder die Reise bucht.

Im Vergleich liegen deutsche Banken, bis auf einige Challenger-Banken, in der Ausschöpfung dieser Potenziale aber noch hinter Wettbewerbern zurück. Wie die eierlegende Wollmilch-Bank funktionieren könnte, macht seit kurzem die C24 Bank vor. Hier wird der Aspekt des Vergleichsportals in die App integriert, was der Bank auf der einen Seite den Verkauf der eigenen Produkte sowie die Einnahme von Provisionen beim Erwerb bankfremder Produkte durch den App-Nutzer auf der anderen ermöglicht. Schlüssel zum Erfolg ist es dabei, den Kunden so lang wie möglich in der App zu halten und ihm so den Mehrwert, den beispielsweise die Organisation des Haushalts oder des Einkaufs über die App bieten, erlebbar zu machen. Nicht mehr der Verkauf steht im Mittelpunkt, sondern die Erfahrung. Gesprochen wird darüber schon sehr lange, aber der Druck steigt, diese Modelle nun auch endlich umzusetzen.

## IT-Sicherheit

### Es bleibt viel zu tun

Neben den unzähligen Diskussionen und Berichten zum Thema Corona-Pandemie und derzeit eher in der zweiten Reihe zum Thema Nachhaltigkeit ist ein ebenfalls sehr wichtiges Thema für Banken zuletzt ein wenig in den Hintergrund gerutscht: die Gefahren der Digitalisierung. Dabei bleiben die Institute auch in der Pandemie „unter Beschuss“. Das belegt der Cyber-Security-Bericht der Schweizer Börsenbetreiberin SIX Group, der die Lage vor allem, aber nicht nur, in der Schweiz analysiert und diesmal auch Bezug auf die Auswirkungen der Pandemie auf die Sicherheitslage nimmt.

Aus deutscher Sicht am interessantesten in der Makroanalyse verschiedener Länder dieses Berichts ist die Tatsache, dass im März 2020, auf dem Höhepunkt der ersten Corona-Welle, die Gesamtzahl der beobachteten Angriffe nur leicht gestiegen ist, während sie sich in den Niederlanden, Frankreich, Spanien vervielfacht haben. Großbritannien und die USA zeigten ebenfalls nur ein moderates Wachstum, wäh-



rend in Singapur – das auch sonst die Pandemie früher und besser im Griff hatte als andere Länder – die Zahl sogar zurückging. Hierzulande stiegen die Fallzahlen dann allerdings mit leichter Verzögerung im April und Mai 2020 explosionsartig an. Die schnelle Umstellung auf Home Office in der Finanzindustrie, aber auch breiten Teilen der gesamten Dienstleistungsbranche sowie der deutliche Anstieg der Nutzung des Online-Banking haben nicht ganz unerwartet eine Vielzahl neuer Angriffsvektoren geboten. Die in der Breite ansteigenden Zahlen in dieser Situation zeigen, dass die Akteure auf der dunklen Seite des Spielfelds in der Lage sind, sich schnell auf neue Gegebenheiten einzustellen. Damit bleiben auch die Banken unter Druck, ihre Cyber-Security-Maßnahmen dauerhaft und schnell der sich rasant verändernden Welt anzupassen.

Als ein Fazit zieht die SIX-Studie, dass es notwendig sei, eine globale Infrastruktur für den Informationsaustausch zu schaffen. Da die meisten Finanzinstitutionen von den gleichen Angriffsmethoden betroffen sind, könnten sie laut der Studie stark von einer solchen Kooperation profitieren. Als Idealszenario malt die SIX ein Bild, in dem die Unternehmen nahezu in Echtzeit auf Informationen über Kampagnen zugreifen, die auf andere Finanzinstitutionen gerichtet sind. Damit könnte die rechtzeitige und spezifische Entwicklung von Abwehrmaßnahmen sehr viel besser erfolgen als bisher. Eine Idee, die sofort einleuchtet!

Die SIX fordert daher, eine allgemein anerkannte Definition darüber zu entwickeln, was Cyber-Vorfälle sind, sowie wie und wann sie gemeldet werden sollten. So wäre ein Zugriff auf transparente Daten möglich. Auch die Bundesregierung arbeitet an einer verbesserten Abwehr von Cyber-Gefahren. Voraussichtlich im kommenden Jahr soll das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 verabschiedet werden. Doch die Änderungen konzentrieren sich hier vielmehr auf ein stärkeres Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BIS) mit mehr Durchgriffsrechten. Eine Transparenzoffensive, wie von der SIX vorgeschlagen, wäre allerdings auch eher ein globales politisches Projekt und kein lokales.

In einer Welt, in der sich viel schnell ändert, können sich die Chief Information Security Officer (CISO) in den Banken wenigstens sicher sein, das auch 2021 und in den Folgejahren ei-

nes gleich bleiben wird: Die Bedrohungen werden mehr, die Angreifer entwickeln sich stetig weiter und die Herausforderungen für die CISOs nehmen zu. Dazu werden voraussichtlich auch die gesetzlichen Vorgaben gerade für Betreiber kritischer Infrastrukturen nach dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 verschärft. Daher müssen weiterhin viele Ressourcen in die Abwehr von Cyber-Gefahren investiert werden. Mit oder ohne Pandemie.

## Zahlungsverkehr

### Zeitenwende?

Gut 20 Jahre ist es her, dass die Europäer die Währungsvielfalt größtenteils überwunden haben. Seitdem stärkt der Euro den gemeinsamen Binnenmarkt, erleichtert den Handel und fördert die Preistransparenz. Doch international läuft Europas Währung dem US-Dollar nur hinterher. Ein paar Daten zum Vergleich: Der US-Dollar war im Jahr 2018 bei über 90 Prozent aller Devisentransaktionen involviert und bleibt somit die mit Abstand meistgenutzte Währung auf den Devisenmärkten. Der Euro dagegen ist nur an 36 Prozent aller globalen Devisentransaktionen beteiligt. Der Anteil des Euro an den globalen Währungsreserven belief sich Ende 2018 auf knapp 21 Prozent, der des US-Dollar auf knapp 62 Prozent.

Kommt nun durch Corona die Wende? Während der US-Dollar leicht schwächelt, erweist sich die europäische Gemeinschaftswährung ungeahnt robust: Seit dem Frühjahr hat der Euro gegenüber dem US-Dollar rund zehn Prozent an Wert gutgemacht. Und wichtiger noch: Erstmals seit 2013 wurden mehr internationale Geldtransfers in Euro als in US-Dollar abgewickelt. Zahlen von Swift zufolge kam der Euro im Oktober auf einen Anteil von 37,8 Prozent, der US-Dollar nur auf 37,5 Prozent. Das Pfund landete auf Platz drei, gefolgt vom japanischen Yen, dem kanadischen Dollar und dem chinesischen Yuan. Offensichtlich hinterlassen hier der Umgang mit Corona in Übersee und die damit verbundene Unsicherheit, die von Noch-Präsident Trump angezettelten Handelskriege und die Schwäche der amerikanischen Wirtschaft hier ihre Spuren. Nun muss der Euro nur noch den Sprung ins digitale Zeitalter schaffen, dann steht dem Aufstieg zur Leitwährung nichts mehr im Wege, oder?